

2007

Philips Pensionskasse (VVaG)

PHILIPS

Geschäftsbericht 2007

Lübeckertordamm 5, 20099 Hamburg

Geschäftsbericht 2007

Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	2
Bilanz _____	6
Gewinn- und Verlustrechnung _____	8
Anhang _____	9
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	9
Erläuterungen zur Bilanz _____	9
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	11
Sonstige Angaben _____	11
Aufsichtsrat und Vorstand _____	12
Bericht des Aufsichtsrates _____	13
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	14
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	15
Entwicklung der Aktivposten _____	16

L a g e b e r i c h t

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVaG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Ziff. 3 in Verbindung mit § 6 des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 10. Dezember 2007 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Vertreterversammlung hat am 20. Juni 2007 in Hamburg stattgefunden. Darüber hinaus fand insbesondere aufgrund der zum 1. Januar 2008 wirksamen Änderungen des Versicherungsvertragsgesetzes (Beteiligung an stillen Reserven, § 153 i. V. m. § 211 VVG) am 4. Dezember 2007 in Hamburg eine außerordentliche Vertreterversammlung statt.

In dieser Versammlung haben die Mitgliedervertreter beschlossen, von den Möglichkeiten des § 211 VVG Gebrauch zu machen. Daher wendet die Pensionskasse zukünftig ein eigenständiges Verfahren zur Beteiligung der Mitglieder an den stillen Reserven an, welches in der Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen verankert wurde und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt worden ist.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V. (in Gründung), Berlin.

Geschäftsverlauf

1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 13.080 aktive Mitglieder (i. Vj. 13.125), 7.908 rentenbeziehende Mitglieder (i. Vj. 7.651) sowie 2.142 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (i. Vj. 2.066). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensionsversicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahr um Mio € 0,1 auf Mio € 12,8 erhöht.

Die Rentenzahlungen des Jahres 2007 von Mio € 29,6 lagen um Mio € 1,3 und damit 4,6 % über denen des Vorjahres, was im Wesentlichen auf die Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen ist.

2. Kapitalanlagen

Im Geschäftsjahr 2007 kam es innerhalb der Struktur der Kapitalanlagen der Pensionskasse zu größeren Verschiebungen. Während der Bestand an Anlagen in Aktien und Fondsanteilen um 7,7 % sank, nahmen die Anlagen in Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere und sonstige Ausleihungen um 56,5 % zu. Die Grundstücksinvestments stiegen um 6 %. Ursächlich für diese Veränderungen waren Rückgaben von Fondsanteilen an Publikumsfonds, welche in festverzinsliche Wertpapiere investieren. Das Ziel war es, sich bei steigenden Zinsen vor möglichen Abschreibungen zu schützen. Die freiwerdenden Mittel wurden daher in nicht abschreibungsgefährdete Schuldscheindarlehen von deutschen Emittenten bester Bonität reinvestiert sowie in Geldmarktfonds geparkt, um sie bei günstigen Marktgelegenheiten im Jahr 2008 wieder anzulegen. Der Zuwachs im Bestand bei den Grundstücken resultiert aus der Aktivierung von Revitalisierungskosten im Zusammenhang mit einem größeren Objekt in Hamburg. Gleichzeitig mussten auf einen Immobilienspezialfonds auf Grund einer geänderten Ausübung von Bilanzierungswahlrechten im Fonds geringe Abschreibungen hingenommen werden.

Um die administrativen Prozesse rund um die Spezialfonds sowie des Berichtswesens zu vereinfachen und um die Verwaltungskosten zu senken, wurden die beiden Wertpapier-spezialfonds PEKA 1 und PEKA-RENT zum 1. Dezember 2007 fusioniert. Seitdem liegen alle an externe Manager vergebene Wertpapiermandate nur noch im Spezialfonds PEKA 1.

Im vergangenen Jahr wurde ein weiteres Rentenmandat aufgelegt. Der Asset-Manager investiert gemäß einem quantitativen Ansatz in Staatsanleihen aus dem Euro-Raum sowie in Terminkontrakte. Das Ziel des Investmentansatzes ist das Übertreffen einer vorgegebenen Benchmark durch eine aktive Steuerung der durchschnittlichen Restlaufzeit (Duration) der Rentenanlagen an Hand ausgewählter markttechnischer Indikatoren.

Da die Pensionskasse nur mit einem verschwindend geringen Anteil der Kapitalanlagen über Fonds in ABS- oder CDO-Strukturen investiert ist (1 %), blieb man von der „Subprime-Krise“ im vergangenen Jahr vollständig verschont.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen der Pensionskasse - errechnet nach den Rechnungslegungsvorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) - belief sich 2007 auf 4,7 % (Vorjahr 4,5 %).

3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 20. Juni 2007 für die Renten- und Anwartschaftserhöhung T€ 7.130 entnommen worden.

Zu Lasten der Ergebnisrechnung sind in diesem Geschäftsjahr T€ 12.092 der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt worden, so dass die Bilanzposition T€ 18.507 ausweist.

Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 625 wurde in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt, so dass ein ausgeglichener Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

4. Risikoverlauf

Auf Grund der jährlich durchgeführten Risikountersuchungen wurden die geschäftsplanmäßigen Sterbens- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten zuletzt im Jahre 2005 angepasst. Während im Geschäftsjahr 2007 sich nach der Anzahl bei den männlichen Altersrentnern und Witwen eine Übersterblichkeit ergeben hat und bei den weiblichen Altersrentnern und Witwern ein rechnermäßiger Verlauf festzustellen war, ist - mit Ausnahme der weiblichen Altersrentner - nach der Jahresrente eine Untersterblichkeit zu beobachten.

Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2007 ist jedoch insgesamt bei den Rentenempfängern eine ausreichende Sicherheitsreserve festzustellen.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - auf unterrechnungsmäßigem Niveau, bei den weiblichen Mitgliedern sind dabei stärkere Schwankungen für die einzelnen Jahre festzustellen. Auch hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist im Durchschnitt der letzten sechs Jahre ein unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen zeigen bei den Anwartschaften weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

5. Chancen und Risiken und zukünftige Entwicklung

Im Kapitalanlagebereich ergeben sich für die Philips Pensionskasse primär Chancen aus der relativ hohen Aktienquote und einigen Trendfolgemodellen. Von einer positiven Entwicklung der Aktienmärkte würde die Philips Pensionskasse merklich profitieren können. Die Investitionen in Anleihen aus Osteuropa und sonstigen Schwellenländern sowie Wandelanleihen sollten der Pensionskasse zudem höhere Ertragschancen bieten als Euro-Staatsanleihen. Die in einigen externen Mandaten installierten Wertsicherungskonzepte schützen die Pensionskasse ebenso vor größeren Kursverlusten wie der aktive Umgang mit Absicherungsmaßnahmen über den Einsatz von Terminkontrakten und Optionen in den Wertpapierspezialfonds.

Für die gesamtheitliche Sicherheitslage der Pensionskasse sind insbesondere die Risiken im Kapitalanlagebereich maßgeblich. Das mögliche Kapitalanlagerisiko resultiert dabei vor allem aus Zins- und Aktienmarktentwicklungen, Adressenausfällen (Bonitätsrisiko) und Währungsverlusten. Diesen Risiken wird durch eine starke Mischung und Streuung der Vermögensanlagen sowie ein zeitnahes Risikomanagement begegnet. Zur Sicherstellung einer jederzeitigen Liquidität wird generell auf eine hohe Fungibilität aller Anlagen geachtet. Das Bonitätsrisiko im Bereich festverzinslicher Wertpapiere wird durch die Berücksichtigung von Ratings etablierter Agenturen sowie eine ständige Überprüfung der ausgewählten Emittenten gesteuert. Anlagen in Fremdwährungen machten in 2007 erneut nur einen begrenzten Anteil der Gesamtanlagen aus, zudem wurden diese Bestände weitgehend abgesichert.

Im Rahmen des Risikomanagements werden die Kapitalanlagen quartalsweise durch die Pensionskasse Stresstests unterzogen. Bezüglich der Berechnungsmethoden und der anzuwendenden Szenarien dieser Tests werden die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegebenen Muster verwendet. Zusätzlich nutzt die Pensionskasse diverse selbst festgelegte Stresstests, die monatlich berechnet werden. Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird stetig überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen jederzeit durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Während des gesamten Jahres 2007 hat die Pensionskasse sämtliche internen und externen Stresstests jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

Seit 2006 arbeitet die Pensionskasse beim Risikomanagement der Gesamtanlagen mit einem externen Partner zusammen. Auf diese Weise erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Kapitalmarkt- und Risiko-Kennzahlen. Hierzu gehören umfangreiche Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten), die Berücksichtigung von Korrelationseffekten innerhalb der Anlagearten sowie die zuvor erwähnten erweiterten Stresstests der Gesamtanlagen. Diverse Szenarioanalysen erstellt die Pensionskasse monatlich selber.

Einer Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend, unterzieht sich die Pensionskasse mit ihrer Kapitalanlagetätigkeit, der Organisation im Bereich Kapitalanlagen sowie den gesamten begleitenden Prozessen einmal jährlich einer Prüfung durch eine interne Revision, die durch einen externen Partner durchgeführt wird. Hinzu kommen Einzelfallprüfungen zu besonderen Schwerpunkten.

Die Pensionskasse verfügt unverändert über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Deckungsrückstellung wurde aufgrund erheblicher außerordentlicher Anpassungen in den Vorjahren bereits deutlich erhöht und entspricht in ihrer Dotierung dem aktuell ermittelten Bedarf. Allerdings ist auch in Zukunft mit regelmäßigen Nachdotierungen der Deckungsrückstellung aufgrund der generellen Längerlebigkeit der Mitglieder zu rechnen.

Die Risiken des Versicherungsverlaufs werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft und weitere Erfordernisse so frühzeitig erkannt und berücksichtigt.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein garantierter Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den internationalen Kapitalmärkten über die Kapitalanlage zu erwirtschaften ist, entstehen der Pensionskasse zudem Zinsrisiken.

Ebenso stellt der Umstand, dass die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen deutlich übersteigen ggf. ein Liquiditätsrisiko für die Pensionskasse dar.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel C ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

6. Weitere Angaben und Bemerkungen

Nach einem bereits sehr schwierigen Jahr 2007 wird auch für das Geschäftsjahr 2008 erneut mit einem stark schwankenden Verlauf der internationalen Kapitalmärkte gerechnet. Vor dem Hintergrund der bestehenden Rezessionsängste für die US-Konjunktur sollten insbesondere Aktien für Korrekturen anfällig sein. Festverzinsliche Wertpapiere hingegen könnten hiervon profitieren. Auch weiterhin werden für Rohstoffe und Edelmetalle größere Preissteigerungen erwartet.

Die im vergangenen Jahr vorgenommene breitere Streuung der Kapitalanlagen der Pensionskasse sowie das erneut erweiterte Risikomanagementsystem sollten es möglich machen, auch in diesem erwarteten schwierigen Kapitalmarktumfeld eine angemessene Rendite erzielen zu können.

Zum 01.02.2008 hat die Pensionskasse zwei neue Versicherungstarife („Tarif 2008“ und „Tarif 2008 Z“) eingeführt, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit Schreiben vom 29.01.2008 genehmigt worden sind. Die neuen Tarife beinhalten u. a. einen Rechnungszins von 2,25 %. Die Tarife 2002 und 2002 Z wurden zum 31.01.2008 für den Abschluss neuer Versicherungen geschlossen.

Auch für 2008 erwarten wir für die Pensionskasse eine stabile Entwicklung in einem problematischen Kapitalmarktumfeld.

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Pensionskasse und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder eingesetzt haben, sprechen wir hiermit unseren Dank aus.

Bilanz

zum 31.12.2007

Aktiva		Euro	Vorjahr T-Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		183.637,60	71
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken		63.999.792,88	60.197
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	538.179.753,23		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26.209.428,05		
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	38.330.500,00		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	97.500.000,00		
4. Einlagen bei Kreditinstituten	<u>0,00</u>	700.219.681,28	687.207
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	63.967,23		
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>249.363,17</u>	313.330,40	424
II. Sonstige Forderungen		1.366.388,61	1.444
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		0,00	1
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.188.861,55	1.024
III. Andere Vermögensgegenstände		2.521.099,31	2.377
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.207.059,83	2.787
SUMME DER AKTIVA		<u>773.999.851,46</u>	<u>755.532</u>

Hamburg, 31. März 2008

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

- Der Treuhänder -

Dr. Til Bräutigam

Bilanz

zum 31.12.2007

Passiva		Euro	Vorjahr T-Euro
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG	35.901.615,95	35.277	
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	718.032.319,00	705.560	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	89.346,32	18	
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	18.506.807,35	13.481	
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	247.599,11	218	
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
Mitglieds- und Trägerunternehmen	173.425,17	68	
II. Sonstige Verbindlichkeiten	765.051,84	605	
davon aus Steuern: € 15.498,53 (im Vorjahr. T-€ 7)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 57.426,99 (im Vorjahr T-€ 42)			
E. Rechnungsabgrenzungsposten	283.686,72	305	
SUMME DER PASSIVA	<u>773.999.851,46</u>	<u>755.532</u>	

Hamburg, 31. März 2008

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 16.11.2005 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Dr. Horst-Günther Zimmermann

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. - 31.12.2007

	Euro	Vorjahr T-Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge	12.767.234,87	12.696
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	7.130.007,60	7.016
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	7.835.347,05	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>26.438.653,65</u>	31.791
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	9.440.794,77	9.772
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	689.769,96	616
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	29.588.832,34	28.279
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	71.177,32	./.
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen Deckungsrückstellung	12.472.322,00	13.612
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	12.092.200,30	10.073
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	172.179,33	
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>608.701,52</u>	812
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	4.102.225,57	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	2.988.036,59	
c) Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.223.676,30</u>	8.191
10. Versicherungstechnisches Ergebnis	982.456,63	972
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	29.011,09	20
2. Sonstige Aufwendungen	101.274,62	5
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	910.193,10	987
4. Sonstige Steuern	285.091,29	297
5. Jahresüberschuss	625.101,81	690
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG	625.101,81	690
7. Bilanzgewinn	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

A n h a n g

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke und Bauten sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Abschreibungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB vorgenommen, wobei für die planmäßigen Abschreibungen die lineare Methode angewandt wird.

Bei der Bewertung der Wertpapiere, der Fondsanteile und der Aktien wird das strenge Niederstwertprinzip angewendet. Die Vermögensbewertung innerhalb der Fonds erfolgt nach der Durchschnitts- oder Fortschreibungsmethode. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit wurden beibehalten. Die Pensionskasse hat, wie auch in den Vorjahren, keine Wertaufholungen gem. § 280 Abs. 1 vorgenommen. Die mögliche Wertaufholung beträgt T-€ 13.738.

Im laufenden Geschäftsjahr wurde weiterhin kein Gebrauch von den Möglichkeiten des § 341 b II HGB gemacht.

Die unter „sonstige Kapitalanlagen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sind zum Nenn- bzw. (sofern dieser niedriger ist) zum Anschaffungswert bilanziert. Die Bilanzierung der Schuldscheindarlehen erfolgt zum Nennwert.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag und die der Rechnungsabgrenzungsposten zum Nominalwert.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen (Grundstücke und sonstige Kapitalanlagen) sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	Zeitwert <u>Mio €</u>	Buchwert <u>Mio €</u>	Saldo <u>Mio €</u>
Grundstücke und Bauten	96,7	64,0	32,7
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	603,1	538,2	64,9
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26,5	26,2	0,3
Namensschuldverschreibungen	39,2	38,3	0,9
Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>94,9</u>	<u>97,5</u>	<u>- 2,6</u>
Summe	<u>860,4</u>	<u>764,2</u>	<u>96,2</u>

Der Zeitwert der Grundstücke und Bauten ist auf Basis vorliegender Wertgutachten ermittelt und entspricht dem Marktwert gem. § 55 RechVersV.

Die Kapitalanlagen umfassen zwei Immobilienspezialfonds, einen Wertpapierspezialfonds, Anlagen in drei Wertpapierpublikumsfonds sowie die Direktanlagen in festverzinslichen Wertpapieren und Aktien. Die Bewertung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt anhand der Euro-Swapkurve. Die Zeitwerte der übrigen Wertpapiere inkl. der liquiden Mittel entsprechen den Börsenkurswerten zum Bilanzstichtag gem. § 56 RechVersV.

Zuteilbare Bewertungsreserven für die Beteiligung der Versicherungsnehmer gem. § 153 VVG bestehen satzungsgemäß nicht.

Forderungen

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Der Posten „Sonstige Forderungen“ beinhaltet im Wesentlichen Forderungen aus Mieten, noch nicht abgerechneten umlagefähigen Betriebskosten und geltend gemachter Vorsteuer aus der Baumaßnahme Lange Reihe.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2007 gezahlte Renten für Januar 2008.

Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten weist fast ausschließlich noch nicht fällige Zinsen das Geschäftsjahr 2007 betreffend aus.

Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden € 625.101,81 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2007 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für den Tarif 1985 die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2002 und 2002 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,25 % in Ansatz gebracht.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 12.472.322,00 auf € 718.032.319,00 erhöht.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen. Die Rückvergütung (T€ 5) wird satzungsgemäß nach dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital für die beitragsfreie Versicherung bemessen.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2007	€	13.480.684,96
Korrektur für Vorjahre	€	63.929,69
Entnahme für		
• Rentenerhöhungen (Zuführung zur Deckungsrückstellung)	€	./.
• Beiträge Tarif 2002 Z für das Geschäftsjahr	€	./.
• Beiträge Tarif 2002 Z für Vorjahre	€	./.
Zuführungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	€	12.092.200,30
Stand am 31.12.2007	€	18.506.807,35

Sonstige Rückstellungen

Im Wesentlichen sind hier Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 und unterlassene Instandhaltungsaufwendungen bei dem Direktbestand der Immobilien gem. § 249 Abs. 1 HGB enthalten.

Andere Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag.

Sie setzen sich zusammen aus

- a) Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern in Höhe von T€ 173 und
- b) Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 765 (im Wesentlichen öffentliche Darlehen/Mietvorauszahlungen zu den Immobilien).

Die Verbindlichkeiten gemäß a) haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Bei den Verbindlichkeiten gemäß b) haben T€ 212 eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr und T€ 359 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Für die Bilanzpositionen „Andere Verbindlichkeiten“ ist für ein öffentliches Darlehen zu dem Grundstück in Adendorf ein Grundpfandrecht über T€ 429 als Sicherheit gestellt worden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene Betrag beinhaltet Baukostenzuschüsse aus Fördermitteln für Wohnbauten.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die verdienten Beiträge in Höhe von € 12.767.234,87 (i. Vj. T€ 12.696) gliedern sich in laufende Beiträge € 12.421.984,90 (i. Vj. T€ 12.398) und Einmalbeiträge von € 345.249,97 (i. Vj. T€ 299). Die Beitragszahlungen für den Tarif 2002 Zusatzversorgung erfolgen aus der Überschussbeteiligung im laufenden Geschäftsjahr.

Bei den Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von € 9.440.794,77 handelt es sich im Wesentlichen um realisierte Gewinne aus dem Verkauf von Fondsanteilen.

Im Immobilienbereich wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von € 1.375.948,00 vorgenommen. Auf das Wertpapierportfolio wurden Abschreibungen in Höhe von € 1.612.088,59 vorgenommen.

Die Personalaufwendungen in Höhe von € 1.048.525,07 (i. Vj. T€ 949) gliedern sich in die Posten Löhne und Gehälter € 890.571,74 (i. Vj. T€ 811), soziale Abgaben € 114.790,37 (i. Vj. T€ 111) und Aufwendungen für Altersversorgung € 43.162,96 (i. Vj. T€ 27).

4. Sonstige Angaben

In der Pensionskasse sind zwölf hauptamtliche Mitarbeiter tätig, daneben in zwei Hamburger Immobilien ein Hausmeister, dessen Kosten auf die Mieten umgelegt werden.

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 werden mit Ausnahme der Kosten für Vermögensanlagen von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Im Geschäftsjahr 2007 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig. Vorschüsse und Kredite wurden weder an den Aufsichtsrat noch an den Vorstand gewährt.

5. Aufsichtsrat und Vorstand

<u>Aufsichtsrat</u>	Hans-Joachim Kamp *, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
	Günther Weber **, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
	Dr. Heinrich Kaiser *	(Jurist)
	Roland Kieseewetter **	(Techniker)
	Detlef Pipoh **	(Techniker)
	Christoph Wolfsgruber *	(Dipl.-Kaufmann)
<u>Vorstand:</u>	Norbert Schulte-Mattler, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
	Dr. Andreas Knüppel	(Dipl.-Kaufmann)

* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)

** durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 31. März 2008

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Dr. Andreas Knüppel

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im März 2008

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp
- Vorsitzender -

Günther Weber
- stellv. Vorsitzender -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Philips Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Philips Pensionskasse (VVG). Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 31. März 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Busch
Wirtschaftsprüfer

Klindworth
Wirtschaftsprüfer

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2007

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²		
									Witwen	Witwer	Waisen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	10.547	2.578	6.054	1.597	24.386.482	1.884	64	118	3.950.278	78.843	72.758
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	352	102	388	75	1.693.340	133	8	22	243.036	11.829	13.951
2. sonstiger Zugang ¹					236.776				38.163	756	678
3. gesamter Zugang	352	102	388	75	1.930.116	133	8	22	281.199	12.585	14.629
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	20	2	173	31	596.218	72	4		135.892	3.222	
2. Beginn der Altersrente	337	66									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	51	9									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf				1	4.145	1		9	3.102		5.039
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	10	2									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen											
7. sonstiger Abgang	2		1		17.333			1			350
8. gesamter Abgang	420	79	174	32	617.696	73	4	10	138.994	3.222	5.389
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	10.479	2.601	6.268	1.640	25.698.902	1.944	68	130	4.092.483	88.206	81.998
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	2.517	638									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

² Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2007

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr €	Zugänge €	Abgänge €	Abschrei- bungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr €
A 1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	70.457,60	134.941,88	0,00	21.761,88	183.637,60
SUMME A	70.457,60	134.941,88	0,00	21.761,88	183.637,60
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	60.196.720,95	5.179.019,93	0,00	1.375.948,00	63.999.792,88
SUMME B I.	60.196.720,95	5.179.019,93	0,00	1.375.948,00	63.999.792,88
B II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	583.247.141,55	72.219.744,46	115.886.241,19	1.400.891,59	538.179.753,23
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.741.462,99	28.235.525,05	22.556.362,99	211.197,00	26.209.428,05
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	38.330.500,00	0,00	0,00	0,00	38.330.500,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	44.500.000,00	53.000.000,00	0,00	0,00	97.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	388.256,27	0,00	388.256,27	0,00	0,00
SUMME B II.	687.207.360,81	153.455.269,51	138.830.860,45	1.612.088,59	700.219.681,28
I N S G E S A M T	747.474.539,36	158.769.231,32	138.830.860,45	3.009.798,47	764.403.111,76